

# blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

## Große Koalition statt Politikwechsel

Bald werden es alle spüren: Die Verlierer der Großen Koalition sind die „kleinen Leute“, Hauptleidtragende sind Rentner, Erwerbslose, Sozialhilfebezieher und die Familien von Geringverdienern.

„Es sind doch nur ein paar Prozentpunkte Mehrwertsteuer“, hieß es im Fernsehen. Fragen muß man aber, wer muss die Preiserhöhung bezahlen?

Im Wahlkampf versprachen SPD und CDU/CSU noch Steuersenkungen - nach der Wahl wird richtig abgezockt!

Die „Süddeutsche Zeitung“ kommentierte: „Es ist erschreckend, wie leichtfertig Union und SPD derzeit an der Steuer-schraube drehen.“ Der Münchner Merkur: „Ein gigantischer Wahlbetrug bahnt sich an.“

Die Sprüche sind bei den Koalitionären gleich: Es ist kein Geld mehr da - das ist eine glatte Lüge. Geld ist da - es ist in falschen Händen oder wird für die Rüstung verschleudert (mehr auf S. 2).

SPD-Chef Franz Müntefering sprach von „notwendigen Kompromissen“, die gemacht worden seien.

Richtiger wäre zu sagen: Die große Koalition verhindert den dringend notwendigen Politikwechsel in Deutschland hin zu einer Politik für soziale Gerechtigkeit, friedliche Außenpolitik, Chancengleichheit in Bildung und die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West.

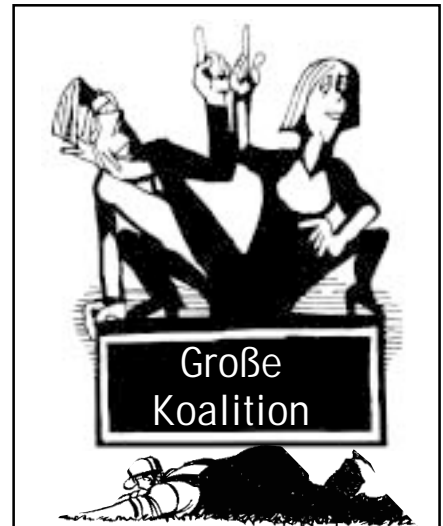
Fakt ist: SPD und CDU haben sich darauf geeinigt, den Sozialstaat weiter abzubauen. Vor allem Sozialschwache, Gering- und Normalverdiener und Rentner werden durch Steuererhöhungen, Leistungskürzungen und Subventionsabbau künftig weniger Geld in der Tasche ha-

ben. Der Anteil der Menschen, die in diesem Land von der gesellschaftlichen Teilhabe abgekoppelt werden, wird wachsen.

Neben den verheerenden Wirkungen der Mehrwertsteuererhöhung auf Binnenkaufkraft, Reallöhne und Mittelstand wird sie vor allem die soziale Situation von Hartz-IV-Empfängern, Geringverdienern und Rentnern verschärfen, Menschen, die heute schon gezwungen sind, ihre gesamten Einnahmen in den Lebensunterhalt zu stecken, werden sich noch mehr einschränken müssen.

Daran ändert auch die so genannte Reichensteuer nichts. Mit ihr allein wird keine Steuergerechtigkeit hergestellt. Damit der Staat seine Aufgaben, beispielsweise in den Bereichen Bildung oder zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit erfüllen kann, müsste der Spitzensteuersatz wieder spürbar erhöht, müsste die Vermögenssteuer wieder erhoben und die Erbschaftssteuer reformiert werden. Allein mit diesen Maßnahmen ließen sich etwa 45 Milliarden Mehreinnahmen realisieren und eine wie auch immer geartete Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre nicht erforderlich.

Wir halten fest: Die SPD hat es abgelehnt, Konsequenzen aus ihrer Wahlniederlage zu ziehen und sich von der abgewählten Politik von Agenda 2010, Hartz IV, von Sozial-, Renten- und Lohnkürzungen zu verabschieden. Eine solche Veränderung von Politik wäre die Voraussetzung dafür gewesen, den Wählerwillen einer Mehrheit jenseits von Union und FDP in politisches Handeln umzusetzen und dafür auch mit der Linken zusammenzuarbeiten. rh



### SPD und CDU belasten Berufspendler doppelt

Neben den Kürzungen bei der Pendlerpauschale will die Große Koalition die Bundeszuschüsse für den Nahverkehr drastisch kürzen. Wirtschaft und Politik verlangen heute von den Menschen höchste Flexibilität und Mobilität. Ob Angestellter oder Arbeiter, Arbeitsloser oder Hartz-IV-Empfänger: Nahezu jeder Job ist zumutbar, jede Entfernung auch. Durch die hohen Benzinpreise in jüngster Zeit sind zunehmend mehr Menschen auf Bus und Bahn umgestiegen. Jetzt sind die ersten 20 Kilometer Arbeitsweg nicht mehr steuerlich absetzbar und auch der Nahverkehr soll teurer werden.

Hinzu kommt: Viele Pendler werden überlegen, wieder auf das Auto umzusteigen. Die negativen Folgen für Umwelt und Klimaschutz liegen auf der Hand. Aber das nehmen SPD und CDU/CSU offenbar billigend in Kauf.

## Kein Geld mehr da? Da lachen ja die Hühner!

Bekannt ist: Die reichsten Deutschen leben vom Handel. Die Gründer des Discounters Aldi sind wie in den vergangenen Jahren die mit Abstand reichsten Deutschen. Karl Albrecht (85), der die Aldi-Süd-Kette beherrscht, verfügt über ein Vermögen von rund 15,6 Mrd. Euro, sein Bruder Theo (83), der Aldi-Nord kontrolliert, über rund 15,1 Mrd. Euro, berichtet das „Manager Magazin“. Es erstellt jedes Jahr die Liste der reichsten Deutschen. Im weltweiten Vergleich belegen die Albrechts die Plätze neun und zehn. Karl Albrecht ist auch der erfolg-

### Die Spitzenreiter

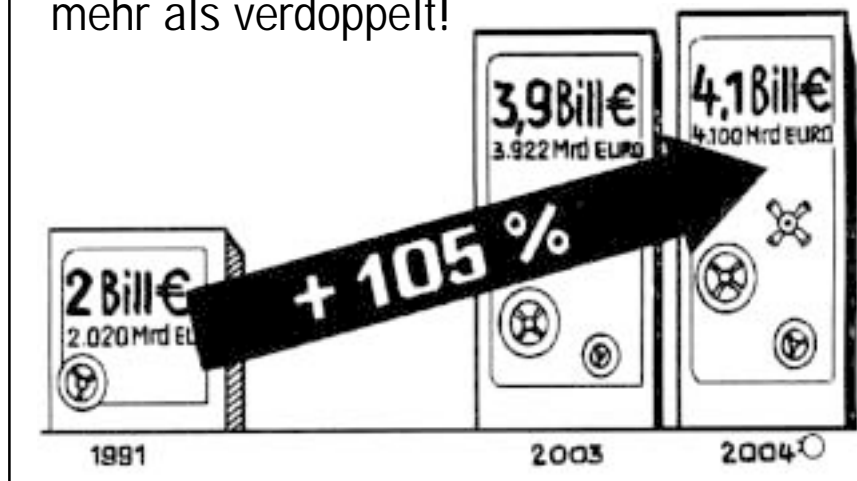
- Karl Albrecht  
(18,5 Milliarden Dollar)
- Theo Albrecht  
(15,5 Milliarden Dollar)
- Michael Otto und Familie  
(8,3 Milliarden Dollar)
- Susanne Klatten  
(8,2 Milliarden (Dollar)
- Rudolf August Oetker und Familie  
(7,7 Milliarden Dollar)
- Reinhold Würth  
(7,2 Milliarden Dollar)
- Adolf Merckle  
(6,9 Milliarden Dollar)
- Stefan Quandt  
(6,7 Milliarden Dollar)
- Elisabeth und Georg Schaeffler  
(6,3 Milliarden Dollar)
- August von Finck  
(6,3 Milliarden Dollar)

Quelle: Forbes - Wer sind die reichsten Deutschen?

reichste deutsche Milliardär. Er vermehrte sein Vermögen binnen Jahresfrist um geschätzte 400 Mio. Euro.

Ganz oben in der Rangliste der reichsten Deutschen steht wie im Vorjahr Susanne Klatten (43). Sie ist Großaktionärin der Pharmafirma Altana und des Autobauers BMW. Ihr Vermögen wird auf 7,8 Mrd. Euro geschätzt - 300 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Auf dem vierten Platz folgt Reinhard Mohn (84), Urenkel des Firmengründers Carl Bertels-

## Privates Geldvermögen der Reichen mehr als verdoppelt!



*Geld ist in Deutschland reichlich vorhanden. Das private Geldvermögen hat sich von 1991 bis 2004 mehr als verdoppelt, auf 4,1 Billionen Euro, was das Doppelte des Bruttoinlandsprodukts in unserem Land ausmacht, das Vierzigfache der jährlichen Neuinvestitionen.*

mann, mit einem geschätzten Vermögen von 6,5 Mrd. Euro. Den fünften Platz teilen sich die Familie Otto (Otto Versand) und Friedrich Karl Flick (78, Flick Holding) mit jeweils 5,5 Mrd. Euro.

Es folgen Ingeburg Herz (85), die Witwe des Tchibo-Gründers Max Herz, mit 5,1 Mrd. Euro und „Schraubenkönig“ Reinhold Würth (70) mit 5,05 Mrd. Euro und die Familie Porsche mit 4,95 Mrd. Euro. Auf dem zehnten Platz werden die Geschwister Günter (65) und Daniela Herz (51), die am Sportartikel-Hersteller Puma beteiligt sind, mit einem geschätzten Vermögen von 4,6 Mrd. Euro aufgeführt.

Den Recherchen des forbes-Magazins zufolge gibt es in Deutschland 91 Einzelpersonen und Familien mit einem Vermögen von jeweils mindestens einer Mrd. Euro, sieben Personen oder Familien mehr als im Vorjahr.

Dazu gehört auch der Friedrich Karl Flick, Sohn des Flick-Konzern-Gründers Friedrich Flick (1883-1972), der sich als früherer Finanzier der Nationalsozialisten an der Ausbeutung von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern bereicherte. Auch Friedrich Karl Flick zählt heute zu den reichsten Menschen Deutschlands.



### Bis an die Zähne bewaffnet - aber kein Geld für Zahnersatz

Die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung schreibt in ihrem Koalitionsvertrag, dass deutsche Außenpolitik dem Frieden in der Welt verpflichtet sei.

Diesen wohlklingenden Worten folgt allerdings eine gegenteilige Praxis. Denn gleichwohl fühlt sie sich zusammen mit ihren transatlantischen Partnern dazu verpflichtet, einen Beitrag im Kampf gegen den internationalen Terrorismus durch den Ausbau global intervenierender Streitkräfte zu leisten.

Während im Inneren die Sozialausgaben gekürzt, Gesundheit und Bildung verschlechtert werden, wird zugleich der Rüstungshaushalt erhöht. Die Militarisierung der Außenpolitik, welche die

# Gemeinsam gegen den Flughafenausbau



## Mit Ach und Krach

Im November stand der Antrag „Dank für öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen Bannwaldzerstörung“ als gemeinsamer Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen und DKP/Offene Liste auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung.

Für die DKP/OL sagte Gerd Schulmeyer u.a.: „Die Arbeit und Aktionstätigkeit von Bürgerinitiativen und Aktivisten von „Robin Wood“ ist ein unverzichtbarer Teil der notwendigen politischen Auseinandersetzung um die Ausbaupläne des Flughafens. Wir erwarten, dass unser Stadtparlament hier Farbe bekennt.“

In Neu-Isenburg hat die örtliche Bürgerinitiative im September für ihre engagierte Arbeit gegen die Flughafenenerweiterung den Umweltpreis der Stadt bekommen. In Mörfelden-Walldorf reicht es mit Ach und Krach für einen verspäteten Dank.“

So kam es dann auch: Mit 16 gegen 15 Stimmen bei 3 Enthaltungen wurde der Antrag angenommen. Die Hälfte der SPD-Fraktion hatte schon vor Beginn der Aussprache den Sitzungssaal verlassen. Den engagierten Bürgerinnen und Bürgern wird das zu denken geben.

## Folterflieger in Frankfurt und Ramstein

Jetzt kam es heraus: Auch der Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt war Stützpunkt für Transporte von gefangenen Terrorverdächtigen durch die CIA. Der österreichische Luftwaffenchef Erich Wolf sagte, dass Ermittlungen zu einem Flug von Frankfurt über das neutrale Österreich nach Aserbaidschan am 21. Januar 2003 eingeleitet worden seien.

Mittlerweile sind viele CIA-Flüge bekannt geworden. Die US-Luftwaffe ließ sich auf der Militärbasis gleich neben dem Zivilflughafen nie in die Karten schauen. Pausenlos wurden dort bis zur Räumung Anfang Oktober Militärmaschinen und gecharterte Passagierflugzeuge für Truppentransporte abgefertigt. Die Basis war für die US-Armee schließlich 60 Jahre lang das „Tor zu Europa“.

Regierung Kohl noch zaghaft begonnen hatte und die unter Rot-Grün systematisch fortgesetzt und ausgebaut wurde, erhält jetzt eine weitere Wendung.

Die größte Gefahr, die von der schwarz-roten Außenpolitik ausgeht, stellt die Anbiederung an die USA dar. In völliger Verkennung der Tatsachen wird behauptet, dass „Die Zusammenarbeit mit den USA besonders wichtig für ein gedeihliches Verhältnis zwischen der islamischen Welt und dem Westen, bei der Sicherung von Frieden und Stabilität im Nahen Osten“ wäre.

Eine andere Politik zur Beilegung und Verhinderung von Konflikten, zur Bekämpfung von Armut und Hunger, zur Beseitigung der Ursachen und des Einflusses, den der Terrorismus auf weite Bevölkerungsteile der islamischen Welt

ausübt, wäre erforderlich. Rüstungsausgaben, insbesondere solche Projekte wie das Luftabwehrsystem MEADS und das Transportflugzeug A400, die unsinnig sind, weil sie keinen wirklichen Schutz bieten, sollten zurückgenommen werden. Eine Kürzung der Wehrausgaben um zunächst mindestens 10 Prozent und ihre Überführung in die Entwicklungshilfe wäre der logischere Weg, um Armut und Hunger zu bekämpfen. Einzusparen wären auch die Ausgaben für Militäreinsätze der Bundeswehr im Ausland, die von 1999 bis 2004 sieben Milliarden Euro verschlangen. (Mit diesem Geld hätte man in Deutschland nicht den Zahnersatz streichen müssen.)

Schon jetzt ist klar: Während die Sozialausgaben dramatisch abgebaut werden,

steigen die Rüstungsausgaben unverhältnismäßig an.

Anstelle einer Unterstützung der US-Politik im Nahen Osten sollte die deutsche und europäische Politik mit allen islamischen Staaten eine Politik der Partnerschaft auf gleichberechtigter Grundlage befördern und mit diesen ein Partnerschaftsabkommen schließen. Im Mittelpunkt dieser Politik muss die Förderung einer ausgeglichenen nachhaltigen Entwicklung stehen, um Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu überwinden.

**Immer dran denken:  
Der „blickpunkt“ freut sich  
auf Leserbrief!**

# Sinneswandel bei der SPD oder Kommunalwahlkampf?

Die Sozialdemokraten in unserer Stadt tun sich schon immer sehr schwer, wenn es um eine umweltfreundliche Verkehrspolitik in unserer Stadt geht, die konsequent das Fahrradfahren fördert. Viele von der DKP-OL-Fraktion zu diesem Thema gestellten Anträge, wurden von der Mehrheitsfraktion oft aus fadenscheinigen Gründen verwässert oder gänzlich abgelehnt. Wenn wirklich ein Antrag das Parlament passierte, blieb er oft in der Schublade des Bürgermeisters liegen. Jede Menge an Beispielen könnten an dieser Stelle aufgezählt werden.

Ist es nur Mangel an Verständnis oder Ablehnung aus Prinzip, oder ist es in erster Linie der Bürgermeister, der beide Eigenschaften in sich vereinigt und oft dazu noch eine Aussitzermentalität an den Tag legt. Wie sagte einmal ein Vorstandsmitglied der SPD-Fraktion, als er angesprochen wurde auf die mangelnde Bereitschaft der SPD, die Radwege-

situation zu verbessern: „Der Bürgermeister ist der Bremser“.

Jüngste Beispiele könnten die Vermutung verstärken, dass die im Frühjahr 2006 anstehenden Kommunalwahl plötzlich zu einem Sinneswandel bei der örtlichen SPD und ihrem Bürgermeister geführt hat. Im November d.J. stellt plötzlich die SPD/FDP-Koalitionsfraktion den Antrag, die beschlossene Vorlage eines Gesamtverkehrskonzeptes vorzulegen und bittet den Magistrat besondere Bedeutung der Radwege-Gestaltung beizumessen. Hat sie vergessen, dass auf Antrag der DKP bereits 1996 ein Radwegkonzept von allen Fraktionen beschlossen wurde. Teile davon wurden bereits umgesetzt, aber ein Großteil harrt noch der Realisierung. Des weiteren fordert sie einen Radweg zu den Märkten im Süden Mörfeldens, obwohl bereits im Oktober 2003 ein solcher von der DKP/OL gestellt und von der SPD abgelehnt wurde.

Hat die SPD vergessen, dass sie erst vor kurzem einen Antrag der DKP/OL abgelehnt hat, der einen Radweg nach Gräfenhausen beinhaltet, obwohl die Stadt hierbei nicht der Kostenträger wäre und das im Rahmen einer im nächsten Jahr vorgesehenen Straßensanierung erfolgen könnte.

Im Rahmen einer Bürgerversammlung, wo es um die starke Verkehrsbelastung im Gärtnerweg, Gerauer- Westend- und Rüsselsheimer Straße ging, hat plötzlich der Bürgermeister von möglichen Fuß- und Radwegen auf beiden Seiten des Gärtnerweges und vom Verkehrskreisel Gärtnerweg/Westendstraße gesprochen. Auch dies eine Forderung der DKP/OL seit dem Jahre 2001. Wie soll man es deuten? „Verwaltungsmühlen mahlen langsam“ oder der Wahlkampf läßt grüßen. Sind wir gespannt was die SPD und der Bürgermeister nach der Wahl für Ausreden haben, das jetzt geforderte nicht umzusetzen. Es gilt auch nach der Wahl wachsam zu sein. Die DKP wird sich jedenfalls weiterhin, wie seit 15 Jahren, für eine „Radfahrerfreundliche Stadt“ einsetzen. H.H.



## Betroffene Anwohner zählten selbst den Verkehr

In Mörfeldens Mitte ist es lauter als die Stadt bislang glaubte. Das jedenfalls wurde in einer Informationsveranstaltung im Bürgerhaus bewiesen.

Die Aktionsgemeinschaft Mörfelden-Walldorf gegen Lärm von Schiene und Straße im Wohnbereich (AGS) zählte im Sommer den Verkehr und legte jetzt die Ergebnisse vor.

Die Messergebnisse sind erschreckend. Am Donnerstag, 23. Juni, diesen Jahres fuhren zwischen null und 23 Uhr 10516 Fahrzeuge die Groß-Gerauer Straße entlang. Davon waren 690 Lastwagen und 1330 Fahrzeuge länger als zwölf Meter. Die höchste gemessene Geschwindigkeit 88 Stundenkilometer. Am Sonntag drauf zählten die AGS 5239 Fahrzeuge in der Gerauer Straße.

Im Stadtatlas der Stadt Mörfelden-Walldorf ist jedoch nur von 9300 Fahrzeugen in der Gerauer Straße die Rede. Für den

Gärtnerweg werden nur 3600 Autos angegeben. Die AGS stellte jedoch dort am Freitag, 1. Juli, 8079 Autos fest, davon waren 477 Lastwagen und 583 Fahrzeuge über zwölf Meter lang. Durchschnittlich waren sie 43,9 Stundenkilometer schnell, die maximale Geschwindigkeit betrug 123 Stundenkilometer. Durch die Rüsselsheimer Straße fuhren am Samstag, 9. Juli, sogar 13047 Fahrzeuge.

Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger übergaben dem Bürgermeister einen Katalog von Forderungen.

Hier wird vorgeschlagen:

- Nachfahrverbot für LKW im Durchgangsverkehr
- Angepasste Geschwindigkeitsbegrenzung auf den relevanten Straßen
- Geeignete Verkehrsüberwachung, z.B. Blitzgeräte

- Eigene Messungen der Behörden
- Warntafeln mit Geschwindigkeitsanzeigen
- Zweckmäßige Umleitung des Durchgangsverkehrs
- Gesicherte Fußgängerüberwege
- Fahrradwege
- Feinstaubmessungen
- Lärminderungsmaßnahmen

Der Bürgermeister machte die üblichen Ausflüchte und Versprechungen. Dabei sollte eigentlich klar sein: Diese Messungen durch eine Fachfirma hätte längst die Stadt erledigen sollen. Aber hier veröffentlichte man überholte Verkehrszahlen und verwies immer wieder auf das „zuständige Regierungspräsidium in Darmstadt“.

Bürgermeister Brehl schreibt jetzt in ersten Wahlanzeigen: „Besser bleiben (SPD)“.

Besser wäre: „Besser werden (SPD)!“

# Ehrung für Fritz Zängerle



Nach dem legendären Opelbetriebsrat und Kommunisten Fritz Zängerle wurde im Opel-Werk Rüsselsheim eine Straße benannt.



Die Straßen auf dem Opel-Werks-  
gelände waren bislang namenlos.  
Fritz Zängerle, von 1945 bis 1949  
erster Betriebsratsvorsitzender der  
Adam Opel AG, ist der erste Opel-  
Arbeiter, dem auf dem Werksge-  
lände eine eigene Straße gewidmet  
wurde. Vorstandsvorsitzender Hans H.  
Demant und Betriebsratschef Klaus Franz  
enthüllten jetzt im Beisein von Familien-  
angehörigen sowie früherer und aktuel-  
ler Betriebsratsmitglieder unter dem  
Dach vor dem K 40 das Straßenschild.  
Fritz Zängerle wurde 1911 in Langen als  
Sohn des Maurers Karl Philipp Zängerle  
in eine Familie mit fünf Kindern geboren.  
Er begann 1925 eine Lehre als Werk-  
zeugmacher in Frankfurt, trat 1926 in den  
Kommunistischen Jugendverband ein.  
Im Jahre 1935 begann er bei Opel als  
Schnitt- und Werkzeugmacher.

Als Kommunist war Fritz Zängerle von  
den Nazis verfolgt. Im März 1945 gehörte  
er zu einer Gruppe von Männern, die die  
amerikanischen Soldaten im heutigen  
Stadtteil Haßloch empfangen und mit der  
weißen Fahne in der Hand zum Opel-  
Hauptportal führten. Als Mitglied des „An-  
tifaschistischen Ausschusses“ gehörte  
der Kommunist zu denen, die die Besat-  
zungskräfte davon überzeugten, dass  
der unbelastete Sozialdemokrat Ludwig  
Dörfler das Amt des ersten Nachkriegs-  
bürgermeisters in Rüsselsheim erhalten  
sollte. Bei den ersten Betriebsratswah-  
len bei Opel erhielt die KPD, an der  
Spitze Fritz Zängerle, drei Viertel der  
Sitze. Die amerikanische Besatzung  
wollte diese Wahl zunächst annullieren.  
Zängerle holte einen christlichen Ge-  
werkschafter in das Gremium und appel-  
lierte, damals noch erfolgreich, an das  
Demokratieverständnis der Amerikaner.  
Als Mitglied des beratenden Landes-  
ausschusses gehörte er 1946 zu den  
Vätern der Hessischen Verfassung. Er  
war ebenso „Wahlmann“ für die erste  
Bundesversammlung in Bonn.

Fritz Zängerle gehörte 31 Jahre, bis zur  
Rente im Jahr 1976, dem Betriebsrat an.  
Er starb am 29. Dezember 1996 im Alter  
von 85 Jahren. Fritz Zängerle war bis zu  
seinem Tode Mitglied der DKP-Betriebs-  
gruppe Opel Rüsselsheim. Als Opel-  
Betriebsrat und Kommunist hat er sich für  
Solidarität, Demokratie und Gerechtig-  
keit eingesetzt.

## DKP/Linke Liste in Mörfelden-Walldorf

Die Stadtverordnetenfraktion der  
DKP/Offene Liste hat einstimmig be-  
schlossen, die Bezeichnung der  
Fraktion mit sofortiger Wirkung in  
DKP/Linke Liste (DKP/LL) zu än-  
dern.

Mit diesem Namen will sie auch bei  
der Kommunalwahl am 26. März  
2006 antreten.

Die Vorbereitungen auf die Kom-  
munalwahl gehen voran.

Die Kandidatenliste wird im Dezem-  
ber gewählt. Ein Entwurf für das  
Kommunalwahlprogramm wurde  
erarbeitet und kann bei der DKP  
(Tel. 23366 oder 22362) angefor-  
dert werden.

Wer in der Kommunalpolitik mitar-  
beiten will, ist herzlich willkommen.

## Rüsselsheims Linke treten zur Kommunalwahl an

Unter dem Namen „Die Linke/Liste  
Solidarität“ treten Rüsselsheims  
Linke im März 2006 zur Kommunal-  
wahl an.

Einig waren sich unterschiedliche  
linke Gruppen bei einem Treffen,  
dass nach dem guten Abschneiden  
der Linken bei der Bundestagswahl  
das positive Signal gemeinsamen  
Handelns auch für die anstehen-  
den Kommunalwahlen einen Schub  
geben kann. Da mit einer Abkehr  
der großen Parteien von der neoli-  
beralen Politik nicht gerechnet wird,  
sieht man sich auch künftig in der  
Rolle der Opposition. Dass es mög-  
lich sei, auch aus der Opposition  
heraus zu gestalten, zeige die Poli-  
tik der Liste Solidarität in den ver-  
gangenen fünf Jahren.

## Linkspartei.Offene Liste tritt bei der Kreistags- wahl an

Die Linkspartei. und die Wahlalter-  
native Arbeit und Soziale Gerech-  
tigkeit (WASG) werden bei der Kom-  
munalwahl 2006 mit einer gemein-  
samen Liste für den Kreistag antre-  
ten. Für die Linkspartei. Offene Liste  
kandidieren auch Mitglieder der  
DKP und parteilose Linke.

**uz**

Unsere Zeit  
Wochenzeitung  
der DKP

Probexemplare  
bei der  
„blickpunkt“-Redaktion

## Mörfelden-Walldorf ziemlich an der Spitze

Die Lebenshaltungskosten im Rhein-Main-Gebiet sind nach einer FR-Re-  
cherche vom Juli 2005 sehr unterschiedlich. Bemerkenswert: In der Liste von  
25 untersuchten Städten liegt Mörfelden-Walldorf an Platz vier.

Mörfelden-Walldorf

billigstes Angebot

monatliche Kosten (ca.)

monatliche Kosten (ca.)

Strom	56,61 EUR
Gas	87,76 EUR
Wasser	30,00 EUR
Abwasser	46,00 EUR
Müll	12,00 EUR
Kita	393,50 EUR
Miete	684,00 EUR

52,09 EUR
76,78 EUR
27,60 EUR
22,50 EUR
7,81 EUR
234,50 EUR
481,00 EUR

Summe

Summe

Monatswerte 1308,87 EUR

1034,05 EUR

## Nachgefragt

Erinnern Sie sich noch an die 80er Jahre, wo von der Zwei-Drittel-Gesellschaft die Rede war. Damit meinte man, dass ein Drittel der Bürger auf der Strecke geblieben sind in Sachen Arbeit, Existenz und Lebenssicherung. Die These ist überholt von der heutigen Realität. Die Drittel definieren sich heute anders. Das erste Drittel der Bevölkerung ist integriert, hat einigermaßen befriedigende Arbeitsplätze und fühlt sich bestätigt in diesem Ordnungszusammenhang. Ein weiteres Drittel lebt in fortwährend prekären Verhältnissen, von Job zu Job, kurzfristigen Arbeitsverträgen, mit der Unsicherheit, sie verlängert zu bekommen. Das letzte Drittel ist ganz schlimm dran. Es ist von Arbeit und Leben praktisch ausgegrenzt, wird überhaupt nicht gebraucht. Das ist keine „industrielle Reservearmee“, sondern eine Armee von dauerhaft Überflüssigen. Diese neue Drittel-Gesellschaft, in der sich die Angst breit macht, vergrößert sich beträchtlich.

Angesichts derzeitiger „französischer Verhältnisse“ sind ähnliche Explosionen auch in unserem Land denkbar. R.D.

**blickpunkt**

Besuchen sie uns im Internet  
[www.dkp-mw.de](http://www.dkp-mw.de)



Der Kalender für 2006 des Mörfelder Heimatvereins ist im Handel. Unter dem Motto „Alte Postkarten - Ansichten von Mörfelden“ ist er ein sehr schönes Weihnachtsgeschenk für Mörfelder und auch für Neubürger. Der Kalender kostet 10,- Euro und ist im Museum, in der Buchhandlung Giebel, im Merfelder Shop, Langgasse, der Reinigung Otto und bei der Dalles-Bäckerei erhältlich.

## Revolte in Frankreich

Mit Entsetzen verfolgte so mancher Bürger in den Fernsehnachrichten die Ereignisse in Frankreich. Randalen in den Vorstädten, täglich hunderte Autos in Flammen, Straßenkämpfe mit der Polizei, Ausrufen des Notstandes.

Plötzlich ist ein Problem öffentlich, das übersehen oder verdrängt wurde: Vernachlässigte Jugendliche, die perspektivlos in ghettoaähnlichen Wohnquartieren am Rande der Gesellschaft leben.

Meist handelt es sich um Bürger mit ausländischem Hintergrund. Mangelnde Sprachkenntnisse gehen einher mit schlechter Schulbildung, geringen Chancen auf Berufsausbildung und Arbeit.

Die Frage: kann das auch bei uns passieren? Manche Politiker sagen ja. Auch bei uns ist der Ausländeranteil in manchen Stadtteilen hoch, die Ausbildung in Schulen und die Aussicht auf einen Beruf schlecht. Da hilft aber keine Ausländerfeindlichkeit, sondern Integration und Ausbildung und damit die Fähigkeit und Chance arbeiten zu können.

Ein Problem ist die „Ghettobildung“, also die Massierung dieser Menschen in einer bestimmten Wohngegend oder Straße. Die Mischung von sozialen Gruppen ist Aufgabe der Stadtplanung. Dazu müsste auch ein Belegungsrecht der Verwaltung im sozialen Wohnungsbau gehören.

Ein Problem zu erkennen und es zu lösen, bevor es eskaliert, ist Aufgabe der Politik. R. D.

*Allen unseren Leserinnen und Lesern  
wünschen wir schöne Feiertage,  
Gesundheit und Frieden im Jahr 2006.*

*DKP Mörfelden-Walldorf und die  
„blickpunkt“-Redaktion*

## Ehre, wem Ehre gebührt

Mit geschwellter Brust ziehen CDU-Ministerpräsident und SPD-Landrat durchs Land und künden von der Einführung einer Ehrenamts-Card. Sie soll an ehrenamtliche Vereins- und Organisationsvertreter verteilt werden, damit sie kostenlos oder vergünstigt sportliche oder kulturelle Veranstaltung/Einrichtungen besuchen können wie Schwimmbad, Theater etc. So weit, so gut?

Doch der Kreis und das Land sind selten Ausrichter/Anbieter dieser Veranstaltungen. Das sind Vereine oder Kommunen. Einen finanziellen Ausgleich für ihre Mindereinnahmen bekommen sie nicht. Wohl gemerkt: Niemand hat etwas dagegen, wenn Bürger, die ehrenamtlich engagiert sind, ein Dankeschön in Form einer Vergünstigung bekommen. Aber auf Kosten anderer? R. D.

Herzlichen Dank allen,  
die dem »blickpunkt« helfen.  
Jeder Euro hilft, die  
Zeitung zu erhalten!

Das „blickpunkt“-  
Spenden-Konto:  
Kreissparkasse Groß-Gerau  
Konto 9003419  
BLZ 50852553

*Liebe Leserinnen, liebe Leser  
Sie sind politisch interessiert?  
Sie interessieren sich auch für  
Kommunalpolitik?  
Wollen Sie bei uns mitmachen?  
Sie brauchen dabei noch nicht  
einmal Mitglied zu werden!  
Reden wir miteinander.*

**DKP - Telefon 23366**



## Eine eindrucksvolle Veranstaltung

Am Vorabend des 9. November fand in der Hessischen Landesvertretung in Berlin eine Gedenk-Veranstaltung der Margit-Horváth Stiftung statt. Aus Mörfelden-Walldorf waren Schüler der Bertha-von-Suttner-Schule gekommen, die gemeinsam mit anderen eine eindrucksvolle Geschichtsstunde vermittelten. Auf der Bühne standen junge Menschen Rücken an Rücken mit älteren, um damit die Zusammenarbeit der Generationen in der Aufarbeitung der Geschichte zu zeigen. Vorgetragen wurden Texte zur Lage der Juden in Ungarn 1944, die zu ihrer Deportation, darunter auch in das KZ Walldorf, und ihrer Vernichtung führte. Die Schauspielerinnen Barbara Englert las dazu aus dem Drama Bruder Eichmann von Heinar Kipphardt. Es wurden Erinnerungen des ungarischen Schriftstellers Kertész verlesen und Ausschnitte aus dem Film „Die Rollbahn“ gezeigt. Zwischen den Lesungen spielte die Gruppe „Klezmers Töchter“ jüdische Musik. Die Schüler trugen selbstverfasste Berichte über Erfahrungen vor, die sie in der Aufarbeitung der Geschichte des KZ Walldorf, besonders während des internationalen Work & Study Camps im September in Walldorf gemacht hatten. Teilnehmer des Camps waren eigens aus Warschau, Erfurt und Tel Aviv nach Berlin gekommen, um sich wiederzusehen und die begonnene Arbeit fortsetzen zu helfen. Ein eindrucksvoller Brief von Julia aus Kiew wurde von der Schülerin Julia Rabinowitsch vorgelesen. Parallel zu den Vorträgen auf der Bühne wurden von Schülerinnen und Schülern am Saalrand Namen der in Walldorf inhaftierten Frauen vorgelesen, um auf diese Weise einen Beitrag zur Wiederherstellung ihrer Menschenwürde zu leisten. Den Abschluß bildete Vera Dotan aus Israel, die einen Abriß ihrer Biographie vortrug. Sie kam im Alter von 13 Jahren mit ihrer Mutter ins KZ Walldorf und überlebte nur durch eine Reihe von Zufällen. Heute arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem und vermittelt ihr Wissen an Lehrer, vor allem aus Deutschland. An der Veranstaltung nahmen neben Botschaftern und Vertretern des öffentlichen Lebens der Hauptstadt auch Bürgermeister Brehl, Erster Stadtrat Becker, Vertreter aller im Stadtparlament vertretenen Fraktionen und Gäste aus Mörfelden-Walldorf teil.

## Apotheken-Notdienst

*Nur wo Apotheke draufsteht, ist Apotheke drin? Darauf sollte man sich nicht verlassen. In diesen beiden Mörfelder „Apotheken“ werden schon lange keine Medikamente mehr verkauft.*



Aber auch bei anderen Apotheken sollte man vorsichtig sein: Das hier sind zwar alles „richtige“ Apotheken.

Aber nach der neuen Notdienstorganisation, die am 1.1.2006 in Kraft treten soll, kann es sein, dass man im Notfall hier auch nichts bekommt, sondern nach Büttelborn oder gar Leeheim verwiesen wird.

Die Apothekenkammer Hessen will den Apothekennotdienst neu organisieren. Ziel ist es, die Einzugsbereiche für die Apotheken zu vergrößern. Das bedeutet: wer in Mörfelden-Walldorf nachts oder an Wochenenden, Feiertagen dringend ein Medikament braucht, bekommt dies nicht immer am Ort, sondern muss nach Groß-Gerau, Trebur oder sonst wohin fahren. Bisher war es so, dass die neun ortsansässigen Apotheken sich im Notdienst abwechselten.

Neben der „Gesundheitsreform“, die für die Bürger außer mehr Kosten und Leistungskürzungen nichts gebracht hat, kommt nun der nächste Schlag. Klarer Fall: Die Apothekenkammer ist bürgerfeindlich! Akut Kranke stehen vor der Frage: Welche Apotheke hat wann geöffnet und wie komme ich hin, mit welchem Verkehrsmittel und zu welchen Kosten?

Obwohl es im eigenen Statut der Apothekenkammer heißt: „Unter nächstgelegenen sind nur die tatsächlich nahegelegenen und schnell erreichbaren Apotheken anzusehen.“

Der Protest von Stadtverwaltung, Parteien und vielen Apothekern hat bisher einen Aufschub der unseligen Regelung bewirkt. Weitere Proteste sind angebracht. Die Bürgerinnen und Bürger sollten sich das nicht so einfach gefallen lassen.

# Stadtgeschichten

„Noch eine hohe Säule zeugt von verschwundener Pracht, auch diese schon geborsten, kann stürzen über Nacht“.



Diese Zeilen schrieb Ludwig Uhland in seinem Gedicht „Des Sängers Fluch“. Vielleicht sind dem Fotografen dieses Bildes, an einem schönen Herbsttag vor etwa 50 Jahren, auch solche Gedanken in den Sinn gekommen. Auf dem Rückweg von einem Spaziergang auf der alten Aschaffenburger Strasse in Richtung Gundhof sah er links am Wegesrand diese mächtige alte Eiche, die ihn zum Fotografieren reizte. Auch sie, eine der Letzten vergangener Jahrhunderte, schon geborsten, konnte stürzen über Nacht. Es war die sagenumwobene Zigeunereiche, von der noch ein Stück des unteren Stammes vor der Gaststätte gleichen Namens liegt. Der Verfasser der Walldorfer Chronik schreibt u. a.: „Legenden umranken diese uralte Eiche. Sie überliefern, dass einst (angeblich im Jahre 1312) dem Oberhaupt eines Zigeunerstammes unweit des Gundhofs der erste Sohn geboren wurde. Der Vater pflanzte aus Dankbarkeit und zur Erinnerung an diesen Tag, ein Eichenbäumchen.“ Dieses hat sich in Jahrhunderten zu einem prächtigen Baumriesen entwickelt. Weder Stürme noch Blitzschlag konnten ihn zerstören. Doch im Jahre 1971 war



seine letzte Stunde gekommen und der schon morsche Stamm wurde gefällt. Nach vorsichtigen Schätzungen der Forstleute betrug das Alter des gefällten Baumes 600 bis 800 Jahre. Als die Waldenser dieses Gelände betraten, stand also der Baum schon einige hundert Jahre. Auch an unsere Nachfahren haben die Forstleute bei der Fällaktion gedacht, denn unweit des alten Baumstumpfes wurde wieder eine junge Eiche gepflanzt.

## Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden Dezember 2005:



# KuBa

3.12. Kinderprogramm  
Weihnachtskarten basteln,  
10-13 Uhr

3.12. Ü-30-Disko, 20 Uhr

8.12. Rettet das Vinyl,  
Schallplattenabend.  
Lieder mit dem Anfangsbuchstaben F.  
Beginn: 20 Uhr

10.12. KHAN Connection #22  
„Independent“, Film und DJ-Set  
Beginn: 20 Uhr, Eintritt: 2 Euro

24.12. Weihnachtsparty mit Cocktails  
Beginn: 18 Uhr, Eintritt frei

25.12 Gleis 1  
Chilliger Wochenendausklang mit Cocktails  
und Snacks, Beginn: 18:30 h

## Unser Lexikon

### Schbrisch

Isch wollt, du hesd  
de Kobb voller Lais  
unn en zu korze Oarm,  
dass de disch  
net kratze kennst.

## VORANKÜNDIGUNG

## Son & Salsa

„Tercer Mundo“, eine Tanz- und Musikgruppe aus Cuba kommt auf Einladung der DKP am 26. April 2006 ins Bürgerhaus Mörfelden